

Ersteinst
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz)
Verlag
Wolfsbuchhandlung
Dottlingen-Zürich.
Verbindungen
franco gegen franco.
Wöchentliche Briefe
nach der Schweiz kosten
Doppelpost.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie

Abonnements
wird nur beim Verlag und
dessen bekannten Agenten ent-
gegengenommen und zwar zum
voraus zahlbaren
Vierteljahrspreis von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Reuehand)
Fr. 3.— für Deutschland (Contant)
Fr. 1. 70 für Oesterreich (Contant)
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des
Weltpostvereins (Reuehand)

Inserate
Die dreizehnlitzigen Zeilen
25 Gsch. — 30 Pf.

N. 49.

Donnerstag, 30. November.

1882.

Preis an die Abonnenten und Correspondenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bezug verfolgt wird, und die bezüglichen Behörden sich nicht ablassen, unsere Verbindungen nach jenen Ländern abbrechen zu lassen, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzulassen, so ist die Ausgabe des „Sozialdemokrat“ in Oesterreich notwendig und darf keine Rücksichtnahme darauf werden, die Briefmarken über den wahren Empfänger und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu fälschen. Hauptforderung ist hierin eine, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag, Briefe abbrechen, sondern sich möglichst an legend eine unerschütterliche Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs geben, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch wir möglichst zuverlässige Adressen abgeben werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich bezugs größere Sicherheit durch Kommando. Sodann an uns liegt, werden wir gewiß weder Nähe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Eine Antwort.

Die sozialistische Bewegung in Deutschland hat, wie das Geistesleben dieser Nation überhaupt, tüchtige Denker und weittragende Ideen herangebildet — dagegen besitzt sie bis jetzt nur vereinzelte Elemente, die mit dem nötigen Maß von praktischem Geschick und natürlichem Selbstvertrauen ausgerüstet sind, um das Gedachte allen feindlichen Mächten zum Trotz der Verwirklichung thatkräftig näher zu führen. Es thut daher gut, den Deutschen von Zeit zu Zeit klassische Vorbilder dieser letzteren Art vor das Auge zu halten.

Diese Worte werden uns von jenseits des Ozeans herüber zugerufen, in der Vorrede zu einer soeben erschienenen Biographie der heldenmüthigen Sophia Perowskaja. Wir wissen nicht, von wem sie herrühren, ob vom Verfasser oder den Herausgebern, und sind deshalb auch nicht der Versuchung ausgelegt, die Frage zu erheben, ob der, welcher so spricht, auch zu einer solchen Kritik berechtigt ist; aber da es nicht das erste Mal ist, daß von auswärtigen Sozialisten in dieser Weise über die deutsche Sozialdemokratie abgeurtheilt wird, so sehen wir uns doch veranlaßt, energisch dagegen Einsprache zu erheben.

Wer in solcher und ähnlicher Weise die deutsche sozialistische Bewegung charakterisirt, zeigt damit nur, daß er entweder diese selbst nicht kennt, oder aber sie vollständig mißversteht. Ueberfluß an Leuten, die mit dem nötigen Maß von praktischem Geschick u. a. ausgerüstet sind, hat wohl noch keine kämpfende Partei gehabt, daß aber die deutsche Sozialdemokratie in dieser Beziehung ganz besonders schlecht gestellt sei, das ist eine Behauptung, die durch die Thatfachen selbst Lügen gestraft wird.

Wir fühlen uns frei von jedem nationalen Dünkel und sind gegen die Fehler unserer Partei keineswegs blind, aber das müssen wir denn doch sagen, daß wir es gerade heute als eine Ehre betrachten, uns Angehörige der deutschen Sozialdemokratie nennen zu dürfen. Oder ist es wirklich nur eine Kleinigkeit, wenn eine Partei nach vier Jahren rückwärtsloser Unterdrückung noch ungebrochen dasteht, muthig und entschlossen, den begonnenen Kampf fortzusetzen, mag kommen, was da wolle? Zeugt es wirklich von Mangel an natürlichem Selbstvertrauen, wenn für jeden eingeleiteten oder zum Ort, zum Lande hinausgemäßigten Kämpfer sofort neue Streiter in Reih' und Glied getreten sind, so daß wir uns mit Zug und Recht sagen dürfen, die Reihen unserer Armee sind intakt geblieben? Hat man ein Recht, von „Mangel an praktischem Geschick“ zu reden, wenn seit drei Jahren ununterbrochen von Woche zu Woche das Parteiorgan, dieses geistige Bindeglied unserer Partei, trotz Verbotes, trotz eines Heeres von Spionen und Schnüfflern, den Parteigenossen zugeht, und dies in so steigender Anzahl, daß der heutige Abonnentenstand die kühnsten Erwartungen übertrifft, welche bei Gründung des Blattes an denselben geknüpft wurden? Oder wenn ein Umstand dafür zu zeugen berechtigt ist, daß unsere Partei ihre Bestrebungen „allen feindlichen Mächten zum Trotz der Verwirklichung thatkräftig näher zu führen“ willens und entschlossen ist, ist es dann nicht die Thatfache, daß heute die Sozialdemokratie in Deutschland allgemein als eine Macht anerkannt wird, mit der gerechnet werden muß — trotz Ausnahmegesetz, daß die politischen Maßnahmen unserer Gegner in allen Parteien heute eingestandenemassen diktiert sind von der Furcht vor der Sozialdemokratie. Mögen sich die Verächter unserer Partei bei unsern Gegnern erkundigen, wenn sie uns keinen Glauben schenken.

Freilich ist das nicht nur das Verdienst unserer Partei; die Gunst der Verhältnisse, ganz besonders aber die Dummheit und Unfähigkeit unserer Gegner, Allen voran der „große Sozialreformer“, haben uns mächtigen Vorschub dabei geleistet. Aber gehört die Ausnützung der günstigen Verhältnisse nicht auch zur Kriegeskunst? Ist es nicht gerade für jede kämpfende Partei die höchste Aufgabe, die Erfordernisse der Situation zu begreifen, und demgemäß zu handeln? Ist es für eine Partei ein Vorwurf, wenn sie ihre Streitkräfte nicht leichtsinnig auf's Spiel setzt, wenn sie nicht mehr Opfer beansprucht als absolut notwendig? Es scheint aber, daß gerade Letzteres in den Augen mancher Leute ein unverzeihliches Verbrechen ist. Die deutsche Sozialdemokratie hat im Verhältnis zu andern sozialistischen Parteien sensationellbedürftigen Leuten und Blättern verhältnismäßig wenig Stoff geliefert, es sind keine großen Staatsaktionen ausgeführt worden, auch unterscheiden sich die in den Vordergrund getretenen Streiter derselben gar nicht von anderen Menschenkindern. Hier

und da ein Journalist, in der Regel aber ganz gewöhnliche Arbeiter. Und gibt es etwas profanischeres, interessloseres als so ein Schuster- oder Schneidergeselle?

Es ist immer und immer wieder die alte Revolutionsromantik, der wir da begegnen. Die guten Leute begreifen nicht, daß es gerade eine der größten Errungenschaften unserer Bewegung ist, daß sie diesen „alltäglichen“ Charakter zur Schau trägt. Sie ist Volksbewegung geworden, und es wäre kein Fortschritt, sondern ein Rückschritt gewesen, und zwar ein bedeutender, wenn der Wunsch der Sozialrevolutionäre, sie in eine konspirative (Verschwörungs-) Partei umzuwandeln, in Erfüllung gegangen wäre. Die Kraft der deutschen Bewegung beruht nicht in den Köpfen einzelner Führer, sondern bei den Massen, die noch stets die Fehler ihrer Führer wieder gut gemacht haben.

Dieser Kompaß, der sichere Instinkt der Massen, fehlt aber notwendigerweise jeder Verschwörungspartei. Eine solche ist infolge dessen höchstens da am Plage, wo mit der Beteiligung weniger Personen durch einen lähnen Handstreich bereits die wesentlichste Aufgabe erfüllt ist, wo eine Person oder deren Umgebung Träger des ganzen zu beseitigenden Systems sind.

Der Kampf der deutschen Sozialdemokratie richtet sich nun aber gegen ein System, das mit der Beteiligung einzelner Personen noch keineswegs abge schafft ist, den Kapitalismus. Dieser, der bei dem heutigen Stand der Technik und Verkehrsmittel noch wenigstens Frucht der bürgerlichen Gesellschaft, ist nur zugleich mit den Faktoren, die ihn erzeugen, auszurotten. So lange das Privateigentum an Arbeitsmitteln und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen möglich ist, wird der Kapitalismus fortbestehen. Und diese Faktoren können erst abge schafft werden und werden erst abge schafft werden, wenn das Proletariat zur herrschenden Klasse geworden ist, wenn die politische Gewalt in den Händen des Proletariats sich befindet.

Die politische Herrschaft des Proletariats ist aber nur möglich, wenn einerseits die ökonomischen Vorbedingungen dazu gegeben sind, d. h. wenn die Konzentration der Produktion weit genug vorgeschritten ist, und wenn andererseits die Arbeiter ihrer Mission sich bewußt und sie zu lösen im Stande sind. Auf die erstere einzuwirken, wird wir gar nicht oder nur in sehr beschränktem Maße im Stande, unsere praktische Aufgabe besteht vielmehr darin, das Proletariat zur politischen Herrschaft zu erziehen.

Die Theilnahme unserer Partei am politischen Kampfe hat daher einen doppelten Zweck: die politische Schulung unserer Kräfte und die Wahrung der Interessen der Arbeiter. Letztere wird uns um so eher möglich sein, je mehr unsere Partei sich Geltung zu verschaffen weiß, je je größere Macht sie schon heute darstellt. Und nun wiederholen wir, wer kann behaupten, daß nicht seitens der deutschen Sozialdemokratie Außerordentliches geleistet wurde, diesen Zweck zu erreichen?

Wir wünschen nur, daß diejenigen, welche so gering von der Thatkraft und Umsicht der deutschen Sozialisten denken, einmal Gelegenheit hätten, einen Wahlkampf unserer Partei von Anfang bis zu Ende mitdurchzukämpfen: sie würden bald anderer Ansicht werden. Jeder Arbeiter, der aktiv an demselben Theil nimmt, weiß ganz genau, um was es sich handelt, daß zunächst seine Lage bei einem Siege des sozialistischen Kandidaten eher schlechter als besser wird, und doch, mit welchem rastlosen Eifer benutzte er jede freie Minute, um für die Wahl desselben zu wirken, wie läßt er sich keine Mühe verbieten, um die Flugblätter gehörig zu verbreiten, mit wie viel Umsicht versteht er es, die in solchen Zeiten doppelt wichtige Polizei zu überlisten! Es klingt übertrieben, und doch wird es Jeder, welcher die Verhältnisse aus eigener Anschauung kennt, bestätigen: wenn der Wahlsieg unserer Partei abhinge von Menschenopfern, so würden Hunderte, ja Tausende sich bereit finden, ihr Leben zu lassen für den Sieg unserer Partei, wie sie heute Lebensglück, Gesundheit, Freiheit und Erwerb fröhlich daransetzen. Es sind freilich nur einfache Arbeiter, und wenn sie nachträglich den Anstrengungen und Entbehrungen erliegen, dann künden ihre Namen

„Kein Lied, kein Heidenbuch!“

aber sie verdienen es eher wie die meisten der Gefeierten, die „im Liebe ewig leben“.

Rein, der heutige Kampf der deutschen Sozialisten ist von dem der Sozialisten anderer Länder verschieden, aber das gibt noch Niemandem das Recht, ihnen Thatkraft und Energie abzusprechen. Sie haben bisher gezeigt, daß sie das, was sie für nötig erkannt, auszuführen wissen, und werden es — dessen sind wir gewiß — auch in Zukunft zeigen.

Dies den Verächtern der deutschen Sozialdemokratie zur Antwort.

„Revolution oder Reform.“

Vor acht Jahren wurde J. Wolf in Berlin zu 18 Monaten Gefängniß verurtheilt, weil er die Pariser Kommune in einem Vortrage verherrlicht und, wie das von verschiedenen seiner damaligen Parteigenossen vorher wiederholt geschehen war, die Alternative: Revolution oder Reform! ge-

stellt und für den Fall des Ausbleibens einer durchgreifenden Sozialreform die Revolution für unausweichlich erklärt hatte.

Jetzt finden wir in Hunderten von Zeitungen diese Alternative, und gegenwärtig geht sogar durch die konservative Presse Deutschlands ein langer Leitartikel mit dem Titel: „Reform oder Revolution.“ Die Revolution ist hoffähig geworden, wie man sieht, — gewiß ein Fortschritt.

Dieser konservative „Reform- und Revolution“-Artikel ist in mehrfacher Beziehung interessant und verdient eine kurze Besprechung. Er beginnt wie folgt:

„Im Jahre 1845 erblickte der deutsche Sozialist Engels England hart am Rande einer furchtbaren sozialen Revolution. „Wenn sich die englische Bourgeoisie nicht besinnt — und das thut sie allem Anschein nach gewiß nicht — so wird eine Revolution kommen, mit der sich keine vorhergehende messen kann. Die zur Verwirklichung getriebenen Proletarier werden die Brandfackel ergreifen... die Volkswrache wird mit einer Wuth geißelt werden, von der uns das Jahr 1793 noch keine Vorstellung gibt. Der Krieg der Armen gegen die Reichen wird der blutigste sein, der je geführt worden ist.“ In der That, der Zustand und die Stimmung der industriellen Arbeitermassen schien dieser düsteren Prophezeiung nur zu sehr Recht zu geben.

Wenn dagegen leithin wieder einer der Führer der Sozialdemokraten zu einem konservativen Reichstagskollegen gesprächsweise geäußert haben soll (!): es wäre eine Kleinigkeit, in England eine soziale Revolution hervorzurufen, so darf zuversichtlich gesagt werden, daß er sich einer großen Täuschung hingibt. Die bestehenden und herrschenden Klassen Englands haben gethan, wozu Engels ihnen vor einem Menschenalter die Fähigkeit nicht zutraute: sie haben sich auf ihre Pflichten gegen die niederen Klassen besonnen und sie nach englischer Weise mit einer Energie und in einem Umfange zu erfüllen begonnen, daß im Laufe dieses Menschenalters die äußere Lage und geistige Verfassung der arbeitenden Klasse eine durchgreifende Wandlung erfahren hat. Der revolutionäre Geist hat seine Macht über sie verloren. Es ist die Inertheit in ihr stark geworden, daß sie aus eigener Kraft mit legalen Mitteln unter thatkräftiger Hilfe der höheren Klassen und der in der Hand derselben befindlichen Staatsgewalt ihren Zustand in stetig fortschreitendem Maße zu verbessern vermöge. Das England des letzten Menschenalters bietet ein großes Beispiel für Ueberwindung der imminnten Gefahr einer sozialen Revolution durch soziale Reformen.“

Der Artikel führt dann weiter aus, daß die englische Bourgeoisie sich nicht aus freien Stücken zu den „sozialen Reformen“ verstanden habe, sondern dazu von den Konservativen, den Tories, habe gezwungen werden müssen.

Nach einigen Bemerkungen über Frankreich, das nur durch die „autoritäre Republik“, wie sie Gambetta erhebt, nur durch die „Diktatur unter parlamentarischen Formen“ und mit obligater Sozialreform gerettet werden kann, und nach einer spöttischen Kritik der jüngsten „Programmrede“ des italienischen Ministerpräsidenten Depretis, der im Molinetti-Peregrini-Schulze-Berlin die verkörperte Lösung der sozialen Frage erbliebt, kommt der Artikel zum Schluß, daß, was in England geistlos habe, auch in Deutschland helfen werde, und daß die deutschen Konservativen, unter Führung des Herrn Bismarck, berufen seien, durch die „soziale Reform“ das Schreckgespenst der sozialen Revolution zu bannen.

Interessant und werthvoll ist uns vor allen Dingen das Gesändniß, daß, sich selbst überlassen, die heutige Ordnung der Dinge unaufhaltsam einer Revolution zutreibt. Derselben ist zugegeben, daß die Gefahr einer Revolution in den Verhältnissen liegt, und nicht durch einzelne Personen willkürlich erzeugt werden kann. Das ist richtig und beneidenswert — um die Konsequenz zu ziehen — das Blödsinnige der Polizei- und Ausnahmegesetze, durch welche die Acht über einzelne Personen verhängt wird, und vermittelt deren die den Keim der Revolution in sich tragenden Verhältnisse an frecht erhalten werden sollen.

Was über die englische Entwidlung gesagt wird, ist auch insoweit richtig, als die 1845 drohende Revolution durch die Jehnshundenbill zurückgedrängt wurde; richtig ist ferner, daß die Jehnshundenbill, wie überhaupt die englische Fabrikgesetzgebung in ihrer Gesamtheit, den Tories zu verdanken ist — wenn von Dank die Rede sein kann, wo bloß ein Interesse befriedigt wird —; und richtig ist endlich, daß innerhalb der englischen Arbeiterklasse augenblicklich von einer revolutionären, auf den gewaltsamen Umsturz der Dinge gerichteten Bewegung nichts zu verspüren ist (von einem „Führer unserer Sozialdemokraten“, der „zu einem konservativen Reichstagskollegen“ die oben zitierte Aeußerung gethan haben „soll“, ist uns nichts bekannt).

Wir wollen hier nicht an Einzelheiten mäkeln; nicht in die Details der Bewegung eingehen, welche zur Jehnshundenbill geführt hat, nicht auseinandersehen, wie bloß die Eifersucht der grundbesitzenden Aristokratie auf die Bourgeoisie die Jehnshundenbill ermöglichte; noch uns damit beschäftigen, ob und inwiefern die englische Fabrikgesetzgebung den Namen einer „sozialen Reform“ verdient — was wir hervorheben wollen, ist das Thörichte der aus diesen englischen Vorgängen für Deutschland gezogenen Schlußfolgerungen.

Unsere Konservativen irren sich gewaltig, wenn sie sich selber mit englischen Konservativen und das deutsche Staatswesen mit dem englischen auf gleiche Linie stellen, für beide die gleichen Lebensbedingungen annehmen. Der englische Konservative gehört einem freien Land an, der deutsche einem Polizeistaat; der englische Konservative hält — außer wenn er eine Rebellion fürchtet, wie in Irland — die unbeschränkteste Press-, Vereins- und Versammlungsfreiheit für selbstverständlich, wohingegen der deutsche Konservative diese Freiheiten hinwünscht, wo der Pfeffer wächst. Der englische Konservative — und dies ist vielleicht der wichtigste Unterschied — versteht Nationalökonomie, und der deutsche versteht davon so viel wie die Kuh vom Spanische. Und Derselbe, welcher sämtliche deutsche Konservativen in dieser Unwissenheit weit überragt, ist derselbe Mann, welcher die „Sozialreform“ bewerkstelligen soll: der geniale Bismarck! Wir sind wahrhaftig keine Bewunderer der englischen Zustände und Politiker, aber soviel steht doch

*) Sophia Perowskaja, die Märtyrerin der russischen Revolution. Biographische Skizze. Nach russischen Quellen von Ija Mikowicz. New-York, Verlag von Schaefer u. Franck.

fest: das haarkräufende Zeug, welches Bismarck im deutschen Reichstag schon über nationalökonomische Fragen gesprochen, die pyramidale Ignoranz, welche er an den Tag gelegt hat — würden ihn in England unmdglich gemacht haben.

Und soziale Reformen bewerkstelligen wollen, ohne nationalökonomische Kenntnisse! Über könnte man Jemand, der den menschlichen Körper nicht kennt, der nie ein Sechsmesser in der Hand gehabt hat, eine chirurgische Operation schwieriger Art zumuten!

Also, der große Unterschied zwischen England und Deutschland ist, daß es dort Staatsmänner gibt, welche von der Natur der bürgerlichen Gesellschaft einen Begriff haben, während es in Deutschland solche nicht gibt; und daß die englischen Arbeiter, weil ihr Land ihnen Freiheit gewährt, die gesetzliche Möglichkeit haben, sich zu organisieren und ihre Klasseninteressen zu verfolgen, während die deutschen Arbeiter durch die Borntheit ihrer Staatsführer, die den Staat vor lauter Polizei nicht sehen können, von jeder Möglichkeit gesetzlicher Organisation und Agitation für ihre Klasseninteressen ausgeschlossen sind.

Was die „Sozialreform“ des Herrn Bismarck von vornherein zum kläglichen Fiasko verurteilt, ist nicht so sehr die Unzulänglichkeit — es ist die absolute Unverständigkeit, das Unverständnis der zu lösenden Probleme, welches aus diesen hoffigen, unüberlegten, planlosen Experimenten entgegentritt. An gutem Willen und Ehrlichkeit werden die Tories dem Herrn Bismarck und seinen Leuten wohl nicht viel voraus sein, aber sie wissen, wozu es sich handelt, und kennen das Terrain, auf welchem die Sozialreform sich zu bewegen hat.

Vor allen Dingen bemühten die englischen Staatsmänner sich, die Arbeiter zufrieden zu machen, ihnen „Eldogentraum“ für ihre Klassenbestrebungen zu verschaffen. Hätten sie 1845 zwar die Zehnstundenbill gnädigst bewilligt (als „positive Maßregel“), gleichzeitig aber nach der famosen Jaderbrod- und Peitschen-Theorie insam-brutale Knebelgesetze erlassen, die Arbeiterpresse und die Arbeitervereine zerstört, die schärfsten und zugleich feinsten Verfolgungen in Szene gesetzt, Tausende um ihre Existenz gebracht — wahrlich, die Revolution, welche Engels 1845 prophezeite, wäre gekommen, so sicher die englischen Arbeiter Menschen sind und ein Gefühl für Freiheit und Recht haben.

Was die englischen Staatsmänner damals nicht thaten, weil sie die Revolution vermeiden und nicht sie herbeiführen wollten, das haben unsere deutschen Staatsführer getan — nur daß sie es noch nicht einmal zu den einfachsten „positiven Maßregeln“ gebracht haben!

Die „Sozialreform“ der deutschen Konservativen mit Bismarck an der Spitze heißt thatsächlich: Sozialengesetz!

Und diese jämmerliche Stümperei, die vom Gesellschaftsorganismus keine Begriffe hat, ihre plumpe Polizeifantasi überall hineinsetzt, nicht weiter zu sehen und zu denken vermag, als der Polizeifabel und die Polizeiohren, allenfalls noch die Kanonen reichen — unterjängt sich, die sozialen Probleme der Gegenwart lösen zu wollen!

Es ist zum Lachen!

Wenn es von diesen Stümpern abhängt, dann besteht überhaupt die Alternative: „Reform oder Revolution“ nicht mehr, dann ist die Reform ein übermünder Standpunkt, und treiben unausfalsam zur Revolution!

Vogue la galère!

und die geschichtlichen Erfahrungen anderer Länder als Maßstab anzulegen, um das Zutreffende dieses Satzes sofort zu erkennen.

Die sozialistische Partei, meist aus eingewanderten Deutschen bestehend, ist heute noch zu schwach, um mit Aussicht auf Erfolg den Kampf gegen die alten Parteien anzufangen zu können. Dennoch haben in Newyork, Brooklyn u. unsere Genossen im Verein mit der „Central Labor Union“ (zentralisierter Gewerkschaftsbund) in verschiedenen Distrikten eigene Kandidaten aufgestellt. Sie erhielten im Ganzen 8000 Stimmen, eine beachtliche Zahl dem Anschein nach, deren Bedeutung aber nicht unterschätzt werden darf.

Hören wir darüber die „Newyorker Volkszeitung“:

„Der Gewerkschaftsbund, der unter dem Namen „Central Labor Union“ im Verein mit der Sozialistischen Arbeiterpartei, insofern letztere sich an dem Wahlkampf beteiligt hat, in die diesjährige Herbstkampagne eingetreten ist, vertritt im Großen und Ganzen den vorgeschrittensten Standpunkt, den die amerikanische Arbeiterbewegung bisher überhaupt erreicht hat. Darüber sind Freunde und Gegner wohl im gleichem Maße einig. Die Teilnahme dieser Organisation an der politischen Aktion bezeichnet somit einen bedeutungsvollen Moment in der sozialen Entwicklung unserer Arbeiterbevölkerung und bietet zugleich ein typisches Beispiel für die Vorgehensweise sowohl wie für die Nachteile der Politik, als Mittel zur sozialen Selbsterziehung der arbeitenden Klasse.“

So geht auch die Arbeit des Erfolges, deren es ja hierzulande so viele gibt, gemeint sein mögen, die Resultate der eben abgeschlossenen Arbeiterkampagne zu unterzählen, so müssen wir unsere Leser offen gestehen, daß dieselben unsere Erwartungen noch vielfach übertreffen haben.

In der That, man möge nur Folgendes erwägen:

Die „Central Labor Union“ ist eine ganz junge Organisation, zum großen Teil aus Leuten zusammengesetzt, die mit den Emanzipationsbestrebungen der arbeitenden Klasse, mit dem Grundgedanken der Selbstbefreiung erst seit kurzer Zeit vertraut geworden sind, aus Leuten, welche großgezogen worden in der Schacher- und Kompromisspolitik der alten Parteien. Ferner ist in Betracht zu ziehen, daß, sobald diese Organisation beschlossen hatte, sich an der Politik zu beteiligen, sofort alle Nachher und Drahtzieher der alten Parteien und Atiquen alle Anstrengungen aufboten, um innerhalb der Organisation Einfluß zu erlangen und dieselbe wo möglich im Interesse ihrer Brodherren arbeiten zu lassen. Unter solchen Umständen scheitern die schlimmsten Bestrebungen wohlbegünstigt. Der Beschluß der vereinigten Gewerkschaften, sich selbstständig am politischen Kampf zu beteiligen, schien manchen ihrer besten Freunde verfrüht, und man durfte kaum erwarten, daß so junge Kämpfer den alten Falschen der herrschenden Parteien gegenüber sich als überzeugungstreu und gesinnungstüchtig bewähren würden.

Und doch ist Letzteres der Fall gewesen, in weit höherem Maße, als man möglich hätte erwarten können. Die achttausend Stimmen, die in Newyork für die Liste der Arbeiter abgegeben worden, sind deshalb mehr wert als achtzig Tausend, die vielleicht durch allerhand Schacher, Tricks und Kompromisse mit kapitalistischen Politikern hätten erreicht werden können, denn die acht Tausend repräsentieren eine fast geschlossene, ihrer Überzeugung wohlbewusste Masse, den Kern für die Armee der unausbleiblich kommenden sozialen Umwälzung.“

Durch das Bündnis, welches die „Central Labor Union“ mit der Sozialistischen Arbeiterpartei geschlossen, sind sozialistische Ideen in Kreise der englisch sprechenden Arbeiterschaft hineingetragen worden, in die sie sonst noch lange nicht gedrungen wären, und zwar mit einem Erfolge, der geradezu überraschend zu nennen ist, wenn man bedenkt, wie jung jene Organisation ist und daß ihr in der Presse kein Organ in englischer Sprache zur Seite stand.

So darf denn im Großen und Ganzen die Newyorker Arbeiterschaft mit dem Resultat ihrer Kampagne zufrieden sein.

In einer am 12. November stattgehaltenen sehr stark besuchten Versammlung der „Central Labour Union“ wurde von seih alten Rednern konstatiert, daß das Resultat ein zufriedenstellendes ist. Durch Wahlkompromisse hätte man leicht die vier- und fünfstellige Stimmenzahl erhalten können, so aber dürfte man sich sagen, man habe die Stimmen der überzeugten Arbeiter vereinigt. Der Kongresskandidat für den 10. Newyorker Wahlbezirk, Rappart Van Hoesen, erklärte, daß er sich am Wahltage schämte, Amerikaner zu sein, denn während die deutschen Sozialisten unermüdet für ihre Überzeugung thätig waren, verkauften seine Landsleute ihr Votum für ein Glas Schnaps an die demokratischen Drahtzieher.

Im Staate Pennsylvania erhielt der von den Arbeitern aufgestellte Gouverneurskandidat Armstrong gegen 20,000 Stimmen.

Zur Spaltung der französischen Arbeiterpartei.

III. (Schluß.)

Endlich der formelle Grund der Spaltung. Um ihn recht zu verstehen, muß man wissen, daß die französische Arbeiterpartei nicht gleich der unrigen eine vollkommen einheitliche ist, sondern daß das eigentliche Schwergewicht in organisatorischer Beziehung — die obersten Beschlüsse des Kongresses vorbehalten — in den sechs Gewerkschaften (Fédérations) und zwar: Mitte, Norden, Osten, Süden, Westen und Algerien liegt. Sie und namentlich die an ihrer Spitze befindlichen Ausschüsse (unions fédératives) üben über die zu ihnen gehörigen Mitgliedschaften (groupes) und Mitglieder die Rechte organisatorischer selbständiger Parteien aus.

Um nun den die Partei auf das höchste schädigenden Streit zwischen den offiziellen Parteiorganen „Proletaire“ einer- und der „Egalité“ und dem „Citoyen“ andererseits beizulegen, beschloß der Ausschuß des Gewerkschafts der Mitte (Union fédérative du Centre) im Januar ds. Js., die Redakteure der letztgenannten Blätter: Guesde, Lafargue, Massard, Deville u. v. sich zu einer außerordentlichen Sitzung zu laden. Die Geladenen bezeichneten indessen das Verlangen des Ausschusses als ein „lächerliches“ und erschienen nicht. Auf eine wiederholte Ladung aber erklärten sie: nichts mehr mit dem Gewerkschaft zu thun haben zu wollen und deshalb ihren eigenen Ausschluß zu beschließen.“ Die Folge hiervon war, daß nunmehr der Verbandsausschluß die Widerspenstigen mit 28 gegen 9 Stimmen ausschloß. Die Ausgeschlossenen gehörten damit der Parteiorganisation formell nicht mehr an, und blieb ihnen nur die Beschwerde an den nächsten Kongress.

Statt dessen aber suchten dieselben nunmehr die Spaltung dazwischen zu organisieren, indem sie mit einigen zu ihnen haltenden Gruppen neben dem rechtmäßig wirkenden Verbandsausschluß einen Sonderausschluß gegen denselben bildeten. Und zwar gingen sie bei Bildung des letzteren in einer Weise vor, welche zur Täuschung geeignet war und die u. A. auch die Redaktion des „Sozialdemokrat“ getäuscht hat. Letztere hat in Folge dessen und mangels eingehender Kenntnis der Einzelheiten wiederholt behauptet: der Sonderausschluß der „Egalité“-Männer habe sich durch seinen Namen und sein ganzes Auftreten „hinreichend und offen von dem rechtmäßigen Verbandsausschluß unterschieden“. Dies ist unrichtig. Die offizielle Bezeichnung der Gewerkschaften ist Fédération, so daß also der Gewerkschaft der Mitte Fédération du Centre heißt, die Bezeichnung des Verbandsausschusses ist Union fédérative du

*) Nachdem ihr Antrag, die Streitfrage einer großen allgemeinen Mitgliederversammlung zu unterbreiten, von dem Ausschluß abgelehnt worden war. Der Ausschluß war ihnen in der Mehrheit angedroht worden, sein Urteil im Voraus gesprochen. Trotzdem hielten auch wir das Nichterscheinen für einen großen Fehler.

Centre. Die „Egalité“-Männer nun nannten ihre Organisation und zugleich ihren Ausschluß Fédération du Centre, gaben also beiden denselben Namen, welchen der regelrecht gebildete Gewerkschaftsbund führt. Es liegt auf der Hand, daß hierdurch Täuschungen hervorgerufen werden mußten und offenbar auch sollten.

Aber noch mehr. Der bisherige Schriftführer des Verbandsausschusses gehörte zu den Anhängern der „Egalité“-Gruppe. Derselbe betrieb nun zur Bildung des Sonderausschusses Versammlungen in das händliche Lokal des Verbandsausschusses ein und bezeichnete überdies als Zweck derselben die „Reorganisation der Union fédérative“. Ich denke, die Zweideutigkeit liegt auf der Hand und ihre Absicht nicht minder.

Die Genossen werden nun auch begreifen, warum sowohl der Pariser Kongreß als der Parteikongreß von St. Etienne sich weigerten, die bezeichnete Sonderorganisation und ihre Vertreter anzuerkennen. Uebrigens will ich zur Bezeichnung des Stärkeverhältnisses der organisierten Partei gegenüber den Dissidenten statt aller weiteren Ausführungen einfach feststellen, daß auf dem Kongreß von St. Etienne von den vertretenen 335 Mitgliedschaften lediglich 32 auf Seite der Dissidenten, alle übrigen zur Partei standen.)

Das Uebrige, nämlich die Spaltung vollständig machenden Vorgänge auf dem letzten Kongreß, sind im Wesentlichen bekannt. Der Verfasser der Artikel „St. Etienne oder Roanne?“ selbst findet das Verlassen des Kongresses durch die Anhänger der „Egalité“ nicht sehr räthlich, wenn auch erklärlich. Nun, erklärlich ist es einfach daraus, daß die Leute aus der Abstimmung ersehen, daß sie in der erheblichen Minderheit (bestenfalls 80 gegen 27 Mann) bleiben würden, sich aber gleichwohl nicht unterwerfen wollten. Aber eine ähnliche „Erklärung“ läßt sich schließlich für Alles, auch für das Vorgehen der Brüderchen, Rossi, Hoffmann's u. s. w. — ohne daß ich die Benennung in irgendwelchem Zusammenhang mit den besprochenen Dingen und Personen bringen möchte — finden. Damit kann sich aber der Parteimann nicht begnügen, sondern er wird seine Stellung nach ganz bestimmten Parteigrundsätzen nehmen.

Diese letzteren bedingen auch meine Stellung. Ich bin keineswegs mit allen sachlichen und persönlichen Vorgängen in der französischen Bruderpartei einverstanden, habe auch, wo sich Gelegenheit bot und namentlich wo man mein Urteil einholte, meinen französischen Genossen und Freunden aus meinen Bedenken in bestimmten Fällen kein Hehl gemacht. So namentlich wegen Belogung der Anhänger der „Egalité“ mit dem Namen „Marxisten“, die ich für unpassend und verfehlt halte. Denn im wissenschaftlichen Sinne sind alle modernen Sozialisten „Marxisten“, insofern Marx der bedeutendste Darsteller des modernen, wissenschaftlichen Sozialismus ist und sein Name als Schulbezeichnung gegenüber den Vertretern anderer sozialistischer Lehrgelände angewandt wird. Als politische Sektensbezeichnung aber, in welcher Bedeutung der Name „Marxist“ einst eine Rolle in den Zwisten der Internationalen spielte, die zuerst durch Bakunin und die Anarchisten, später durch die Blanquisten u. hervorgehoben wurden, — als solche ist dieser Name veraltet und ist seine Wiederbelebung nicht gerechtfertigt. Noch falscher und dem Gefühl namentlich der deutschen Sozialdemokraten widerstrebender ist, wenn von einer Seite versucht wird, außer dem Namen auch die Kampfe jener Zeit wieder anzuknüpfen. Denn daß die „Marxistische Herrschaft“ schon die Internationale desorganisiert“ konnten wohl damals Anarchisten glauben, aber die Sozialisten von heute müssen sich zu einem besseren Verständnis durchgearbeitet haben. ... Doch muß andererseits betont werden, daß auch der von der anderen Seite gebrauchte Ausdruck „Allianzisten“ hart an die erwähnten früheren Zwiste erinnert, wie auch sonst die „Egalité“ in der Wahl ihrer schuldenden Beiworte keineswegs sehr glücklich vorgeht.

Auch mit manchen anderen Dingen bin ich keineswegs ohne Weiteres einverstanden. So in Bezug auf die Organisation des als Werkzeug der Einigung und Vereinheitlichung wichtigen Landesauschusses (Comité national). Ferner in Betreff des überhauf betonten Autonomismus, welche „Grundlagen der Parteiorganisation“ mancherseits in einer fast anarchisch klingenden Weise betont werden. Auch die Programmänderung halte ich für keinen Vorzug, lege aber dieser Sache nicht den übermäßigen Werth bei, wie die Redaktion.“ Denn um was es sich jetzt in Frankreich handelt, das ist Organisation; an Glaubensbekenntnissen, Prinzipienklärungen u. s. w. vorläufig genug geleistet.

Wenn ich nun auch solchermaßen meine Vorbehalte mache, so steht aber andererseits ein für mich fest: Die sozialistische Arbeiterpartei Frankreichs ist eine regelrecht gebildete und gegliederte Partei und kann so wenig als die unsere irgendwelche Sezessionsbestrebungen dulden. Am allerwenigsten aber haben zu einem derartigen Vorgehen diejenigen ein Recht, welche — wie Guesde und seine Freunde — die Worte Disziplin, Zentralfaktion u. immer im Mund führen. Ich bestreite nicht die mancherlei Verdienste der „Egalité“, namentlich um die doktrinäre Klärung und die Talente mancher ihrer Mitarbeiter. Sie können wohl in manchem, was sie an der Partei anzusehen haben, Recht haben. Mögen sie Propaganda machen für ihre Ansichten soviel sie wollen, um die Mehrheit für sich zu gewinnen — sie werden nur in ihrem Recht sein, ich werde sie darum loben. Von dem Augenblick an aber, wo sie sich disziplinbrüchig gegen die Partei ansetzen, stellen sie sich in's Unrecht, und wären ihre Ansichten die geistreichsten der Welt!

Hoffen wir aber, daß diese Zeit des jedenfalls überaus bedauerlichen Faders für den Sozialismus in Frankreich recht kurz sei und daß die jegige Erbitterung recht bald friedlicheren Gefühlen und der Einsicht der Nothwendigkeit der Einigkeit Platz macht. Denn die Uneinigkeit der Sozialisten kann nur zum großen Schaden der Arbeiterschaft und zum Gewinn der radikalen Bourgeoisie gereichen, welche letztere zwar nicht so reinlich und zweifelsohne, als die Redaktion annimmt, aber nicht minder gefährlich ist. Rüge ich insbesondere die Masse der aufgeklärten Arbeiter ermannen und sich alle Uferschlüchtereien, Streitereien und Heresergerichte — von welcher Seite es immer sei — thätkräftig verbitten: an ihrem festen Willen wird sich jeder Widerstand brechen.

Zum Schluß will ich übrigens noch erklären, daß die vorsehend dargelegte allgemeine Anschauung über die französische Bewegung nicht lediglich meine persönliche Meinung ist, sondern daß sie z. B. meines Wissens von der überwiegenden Mehrheit der Sozialdemokraten deutscher Sprache in Paris getheilt wird. In diesem Sinn hat auch Genosse Grimpe in Paris einen Artikel eingesandt, dann aber zugestimmt, daß ich ihn mit dem meinen verknüpfe.

*) Letzteres ist nicht richtig. Die 41 Mitgliedschaften des Nordverbandes hielten sich unbedingt neutral, und ihr Organ, der vortrefflich editierte „Forgat“, trägt noch heute an seiner Spitze die „unfranzösischen“ Confidants des Minimumprogramms.

*) Ein Programm in seinen Grundzügen verewässern, die praktischen Forderungen desselben um der „Autonomie der Gruppen“ Willen ganz freizugeben, das ist nach unserer Ansicht allerdings keine Kleinigkeit.

*) Daß sie „reinlich und zweifelsohne“ sei, haben wir nicht behauptet, wohl aber konstatiert, daß sie weit radikaler sei als die deutsche Arbeiterpartei — Beweis die bestigen Angriffe der „französischen Zeitung“ auf die französische äußerste Linke — und Kämpfer der Kommune und Männer von tadellosem Ruf und bewährtem Charakter (Cambou, Talandier, Jauré u. c.) in ihrer Mitte zählt.

Die Wahlen in Amerika.

Es wird den meisten Lesern unseres Blattes schon bekannt sein, daß bei den am 7. November erfolgten Wahlen in den Vereinigten Staaten die republikanische Partei von der sogenannten demokratischen Partei geschlagen worden ist. Diese Niederlage, die Newyorker Volkszeitung nennt sie treffend ein Waterloo, war wohlverdient. Die republikanische Partei, ehemals die Vertreterin des Fortschritts und der Freiheit, ist unter der Herrschaft des mächtig sich entfaltenden Kapitalismus zur Partei der schamlosen Korruption geworden, zum Tummelplatz einer Bande gewissenloser Stellen- und Kämmerläger. Die Partei, welchen jenen großartigen aller Kriege unseres Jahrhunderts kämpfte, den Kampf für die Abschaffung der Sklaverei, diese Partei hat heute nur noch eine Devise, und diese lautet: Ausbeutung, Ausbeutung des wirtschaftlich Schwachen durch den wirtschaftlich Starken, des Publikums durch die Beamten, der Konsumenten — vermittelt ererbantlicher Schutzgölle — durch die „Produzenten“, d. h. die Fabrikanten, des Volkes durch seine gewählten Vertreter. Und Alles das unter dem heuchlerischen Dekament der Religiosität, des gläubigen Christenthums, als deren wärbige Frucht der widerliche Temperenz (Mäßigkeits-) Schwandel sich breit macht.

Gegen Alles das bännt der Sinn des Volkes sich an, und es wählte in übergroßer Mehrheit Männer, die — es nicht besser machen werden. Denn die „Demokraten“ sind um kein Haar besser als ihre republikanischen Gegner.

Auf den ersten Blick möchte man darüber pessimistisch werden, aber wer die Dinge näher betrachtet, muß in der Ueberzeugung kommen, daß es gar nicht anders sein konnte. Das Volk muß abwechselnd einer der beiden Parteien in die Hände fallen, solange es selbst noch an dem Prinzip der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen festhält, und das ist bei der Bevölkerung Nordamerikas in überwiegender Weise der Fall. Die republikanische Partei kann sich mit dem erhebenden Bewußtsein trösten, daß sie keinem einheitlichen Prinzip zum Opfer gefallen ist; nur gering ist die Zahl Derer, welche ihr prinzipiell gegenüberstanden, und die Mehrzahl dieser zog es zudem vor, zu Hause zu bleiben und gar nicht zu wählen, weil sie den Zeitpunkt einer ersprießlichen Gegenagitation noch nicht für gekommen erachteten. Diejenigen aber, welche die Gegner der Republikaner, die Demokraten, wählten, thaten das aus den verschiedenartigsten Gründen. „Die Einen“, schrieb die „Newyorker Volkszeitung“ wenige Tage vor der Wahl, „wollen sie, die Demokraten, vorübergehend unterstützen, um der Schutzgölle einen irdischen Stoß zu geben oder die Zulandsherrn loszuwerden; die Anderen wollen sich mit ihrer Hilfe von dem Wahnsinn der Prohibitionisten befreien; die Dritten, in Californien, Oregon, Nevada und Colorado, wollen sie zur Kampfsache machen, um das Chinesenkalb und die Eisenbahn- und Landmonopole zu vernichten; die ehemaligen Sklavensklaver endlich wollen die Einmischung des Bundes in ihre Staatsangelegenheiten loswerden und selbst wieder im Bunde herrschen, wozu ihnen die Demokratie Bedientendienste leisten soll. In allen diesen Unabhängigen besteht kein Zusammenhang der Ideen und Interessen, diese laufen vielmehr bei allen schnurstracks auseinander, und aus ihrer vorübergehenden Unterstützung der Demokraten kann diesen keine dauernde Verstärkung erwachsen.“

Und in demselben Artikel schrieb unser Bruderorgan an anderer Stelle: „Wir Sozialdemokraten, und wir allein, haben ein Recht, uns über den erwarteten Sieg der Demokratie zu freuen, eben weil es ein Pyrrhusieg zu werden verspricht. Wenn die republikanische Partei unterliegt, so ist das ein Akt der geschichtlichen Gerechtigkeit, über den wir uns freuen, gleichviel wer das Heuleramt an dieser abgefemten, abermächtigen, heuchlerischen, grauen Sklaverei vererbtet. Wir dürfen uns doppelt darüber freuen, weil sie ihre mit ihr ungewachsenen Zwillingsschwester, die demokratische, in's Grab sich nachziehen muß, die keinen dauernden Gewinn aus ihrem Pyrrhusieg davontragen kann.“

Man braucht die Verhältnisse nicht an Ort und Stelle studieren zu haben, man braucht nur der Entwicklung des Landes aufmerksam gefolgt zu sein

Wirklich verfocht muß Einer sein, wenn er noch immer an der Arbeiterfreundlichkeit der preussischen Regierung zweifelt. In der Adresse zum preussischen Landtag verkündigt Wilhelm endlich den als schwache Abzahlung auf die neu eingeführten indirekten Steuern zugewiesenen Ertrag der direkten Besteuerung der vier untersten Klassensteuerstufen, fordert aber im gleichen Athem eine Eigenschaftsteuer für den Verkauf von Branntwein und Tabak, d. h. eine neue indirekte Besteuerung dieser Konsumartikel des Volkes. Von einer Branntweinsteuervermehrung, welche die Schnapsbrennenden Herren ins Herz, d. h. in den Profit, treffen würde, will der Lenker Deutschlands — „auch ich bin ein Schnapsbrenner“ — bekanntlich nichts wissen, der kleine Mann muß es tragen. Ferner soll im Interesse des deutschen Waldes, soll heißen der Waldbesitzer — Bismarck kennt als Besitzer des Sachsenwaldes die Läden dieser Parasiten — der Holzoll, insbesondere der Zoll auf Kiefernholz, erhöht werden: Fürsorge für das Wohl der Holzschneider im Erzgebirge, im Spessart, in Thüringen, Franken etc., denen dadurch das Material verkümmert wird. Sogar wie Jucker ist ferner das Verhalten Bismarcks gegen die armen Juckerfabrikanten, meist Großgrundbesitzer oder Aktiengesellschaften. Diese erhalten nämlich bei der Ausfuhr von Jucker eine Exportprämie im Verhältnis der von ihnen erhobenen Zuckerrübensteuer. Nun ist in der Juckerfabrikation seit Jahren ein neues Verfahren eingeführt, auf Grund dessen aus der Juckerrübe ein viel höherer Prozentsatz Jucker gewonnen wird als seiner Zeit bei Festlegung der Ausfuhrvergütung angenommen wurde, trotzdem erhalten die Herren Juckersieder nach wie vor die alte Vergütung angesetzt, das heißt, das deutsche Volk muß ihnen nicht nur die erhobene Steuer zurückzahlen, sondern außerdem noch Geld drauf legen dafür, daß die Herren mehr Profit machen; die Juckersieder „blüht“ daher, die Aktiengesellschaften zahlen fette Dividenden, eine Fabrik in Dirschau z. B. 56 Prozent, mit einem Wort, diese Fürsorge für die armen Juckersieder ist so ergreifend, daß eine Anzahl solcher liberaler Gutbesitzer bei den letzten Wahlen zum preussischen Landtag vor lauter Nahrung konservativ wählten. Man sieht, es hat Alles seine Ursache.

Aber die Arbeiterfreundlichkeit der preussischen Regierung ist, wie Gottes Gnade, unerschöpflich. Daß sie, um die Berliner Arbeiter vor überflüssigen Geldausgaben zu schützen, aus väterlicher Fürsorge die Sammlungen für die freikindlichen Krimmischauer Weber verbieten ließ, haben wir an anderer Stelle erwähnt, ähnlichen edlen Motiven ist zweifelsohne das Verbot einer am 26. November einberufenen öffentlichen Versammlung der Maurer Berlins und Umgegend zuzuschreiben, denn die Maurer können ihren Sonntag Vormittag besser verwenden, als mit Beratungen über ihre Stellung zu der neuen Berliner Arbeiterzeitung und die „Freiheiten des Fortschritts“ gegenüber den Arbeitern. Die Krone der väterlich-freundlichen Fürsorge ist aber die Verlängerung des kleinen Belagerungszustandes über Berlin und Umgegend. Es gibt ja doch kein erbebendes Gefäß für einen Arbeiter mit Familie, als wenn Tag für Tag das Damoklesschwert der Ausweisung über ihm schwebt, wenn jedes unbedachte Wort, jede Denunziation eines jener liebenswürdigen Herumlungerer grenzenloses Elend über ihn und die Seinen bringen kann.

Wahrlich, wenn die Arbeiter da noch unzufrieden sind und die gute Absicht der Regierung nicht anerkennen wollen, dann verdienen sie — gar keine Regierung. Man denke!

Zahlungsfähige Moral. Am 13. November wurde in Freiburg, schreiben die Bourgeoisblätter, über eines jener verworrenen Subjekte abgeurteilt, die das große Hugenotter Eisenbahnungslück als eine glückliche Gelegenheit für Diebstahl und Plünderung benützt haben. Der schon vielfach wegen Diebstahls bestrafte überberühmte Webergeselle W. Hess von Gottenheim hatte es dabei besonders an den Uhrendiebstahl abgesehen. Er wurde wegen wiederholten Rückfalls und wegen der betäubeten verworrenen Fesslung zu einer Zuchthausstrafe von zwei Jahren, fünf Jahren Erverruß und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt, sein Heferscheiter, der Schuster Pfeifer von Blidingen, wegen Heberei zu sechs Wochen Gefängnis.

Wir sind selbstverständlich weit entfernt, die Handlungsweise des Hess irgendwie befähigen zu wollen, aber wenn die Bourgeoispresse gar so tugendhaft entsetzt ist über diese eigensüchtige Ausnützung eines großen Unglücks, dann können wir doch nicht umhin, zu konstatieren, daß dieses verabschuldungswürdige Verbrechen in der guten Gesellschaft gang und gäbe ist. Man sieht natürlich nicht Uhren — wer wird sich mit solchen Kleinigkeiten abgeben? — man benützt nur eine glückliche Konjunktur, und wenn eine solche nicht von selbst eintritt, so hilft man unter Umständen ein Bißchen nach. Gibt es ein größeres Unglück für ein Volk als einen Krieg? Niemand außer Moske wird dies behaupten wollen. Nun, wir kennen die Leute, die ein ganzes Vermögen der schlaun Antikipation dieses Unglücks verdanken, die Millionen von Mark zusammenscharrten, als hunderttausend Menschen auf dem Schlachtfelde bluteten. Man hat sie aber deshalb nicht vor Gericht gestellt, sondern sie sind heute Kommissionsräthe, Kommerzienräthe, Freiherren und Barone.

Zur Arbeiterfreundlichkeit der deutschen Behörden und Regierungen. Das Bairische Ministerium hat der radikalsten „Eidendenken Post“ die beantragte Erlaubnis zur Sammlung von Unterschriften für die nachstehenden sächsisch-thüringischen Weber verweigert, mit der Erklärung, dieses Gesuch sei „zur Berücksichtigung nicht geeignet“. Der Bürgermeister von Großenhain — ein Rathgeberfossilist! — hat in seinem Beziele Sammlungen zu gleichem Zwecke auf Grund irgend eines sächsischen Polizeigesetzes verboten, und Madai, der tugendhafte Polizeipräsident von Berlin hat sich bemüht gefunden, auch seine Arbeiterfreundlichkeit wieder einmal zu bekunden, und daher auf Grund des § 16 des Gesetzes gegen die gemeindefürlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie das Ein sammeln von Beiträgen zur Unterstützung der Juckerfabrikanten und Weberinnen, welche die Arbeit in den Fabriken zu Krimmischau eingestellt haben, sowie die öffentliche Aufforderung zur Leistung solcher Beiträge für den Polizeibeizel von Berlin verboten.

Man sieht, der Berliner Polizeichef ist seinen Kollegen in der Schamlosigkeit noch über. Deutlicher kann man gar nicht zeigen, daß das Sozialistengesetz gegen die Arbeiterklasse gemacht ist.

Für die Fabrikanten führt man Schnyßoll ein, den Landjüngern zu Liebe vertheuert man dem Volke die Lebensmittel, wenn sich aber die Arbeiter endlich erheben, die Herren Fabrikanten an ihre Versprechungen zu mahnen, und die Lohnrechnungen fordern, welche ihnen für die bessere Konjunktur zugesagt wurden, dann fällt man ihnen in den Arm und beraubt sie der Möglichkeit, den Kampf zu führen. Das nennt man in Preußen-Deutschland — arbeiterfreundlich. Gott schütze uns vor unsern Freunden!

Duellschwindel und Standesehre. Diese mittelalterlichen Gewohnheiten treiben in der neuesten Zeit ganz wunderbare Blüthen. In Würzburg rumpelt ein Kaufhold die Frau eines Hauptmanns Emmerich an. Dieser, wie es allgemein heißt, ein hochbegabter Mann von liebenswürdigem Charakter, weiß den Flegel in ruhigen Worten zurück. Der aber stößt sich in seiner Ehre gekränkt und sendet dem Hauptmann eine Forderung, der „Ehrenrath“ des Regiments entscheidet, daß das Duell angenommen werden muß, und — Hauptmann Emmerich ist heute eine Leiche. Die „Ehre“ des Kadaverbruders ist gerettet, er selbst soll glücklich sein, wie es scheint, wird seine Frucht sogar begünstigt. Aber wenn er auch wirklich gefaßt wird, so wird seine

„Strafe“ doch in nichts anderem bestehen als in einigen Jahren — Festungshaft, die wenn der Verurtheilte wohlhabend ist oder gute Freunde hat, ihm ein Leben wie im Paradies gestattet.

Und dieselben Kreise, in denen so etwas als ganz in der Ordnung angesehen wird, lamentieren über die „Rohheit“ und Verwilderung der unteren Klassen, die nur eine Folge sei der fasschen Humanität und der „milden“ Behandlung der Verbrecher in den Zucht- und Arbeitshäusern! Wer laßt da?

Aber noch viel schlagender werden der Duellhumbung und die Ehrebegriffe in den Kreisen der patentirten „Ehre“ charakterisirt durch folgenden, von der Berliner „Volkzeitung“ mitgetheilte Faktum:

„Edin, Anfang November. Am 2. Oktober d. J. wurde einem hiesigen Sekondelieutenant der Landwehr mitgetheilt, daß er auf Grund ehrengerichtlicher Entscheidung vom 26. August d. J. (bestätigt durch königliche Kabinettsordre vom 16. Oktober) aus dem Heere entfernt sei. Die Vorgeschichte dieser Maßregel ist nicht uninteressant. Der Gemahregelte — nennen wir ihn X. — sollte zwei andere Reserveoffiziere befehligen haben, und zwar dadurch, daß er sich über ihren Umgang in herber Weise äußerte. Die „Beleidigten“, die übrigens die Wahrheit der Behauptung des X. nicht anfechten konnten, forderten ihn schließlich. Auf ehrengerichtlichem Wege erfolgte die Entscheidung, daß beide Theile betriegende Erklärungen abgeben sollten, und die Beleidigungssache selbst wurde beigelegt. Es geschah dies auch. Sekondelieutenant X. weigerte sich jedoch, in dem Protokolle anzugeben, daß er bereit gewesen sei, ein Duell anzunehmen. Er ließ vielmehr protokollieren, daß er aus Gewissensgründen die Aufforderung zum Zweikampfe nicht angenommen haben würde.

Oberst M. ließ einige Tage später Herrn X. zu sich kommen, und stellte ihn diesbezüglich zur Rede. X. gab an, daß er um seinen Abschied einkommen werde, da er an Neurasthenie des Herzens leide, worauf der Herr Oberst ihm zumuthete, zu erklären, daß er in einem krankhaften, nervösen, geistig geschwächten Zustand jene Verwerfung des Duells ausgesprochen habe. Dieses Ausbitten lehnte X. ab.

Am 22. Juli erhielt er eine neue Vorladung vor das Ehrengericht und gab dort die Erklärung ab, daß er aus religiösen Gründen den Zweikampf, der ein wahnsinniges Verbrechen sei, verwerfe, und daß er unter keinen Umständen und unter keinen Verhältnissen auf ein Duell eingehen werde. Schon am 24. Juli wurde X. infolge seiner Erklärung suspendirt und am 11. August folgte Schlussvernehmung durch den Ehrenerath. Aus der schriftlichen Verteidigung des Angeklagten ist folgender Passus bemerkenswerth:

„Zu meiner Verteidigung führe ich lediglich an, daß ich weder durch den bei meinem Eintritt in das Heer geschworenen Eid, noch durch einen andern Akt bei meiner Ernennung zum Offizier die Verpflichtung übernommen habe, den von Seiner Majestät sanktionirten Staatsgesetzen entgegen zu handeln, die das Duell und die Aufforderung dazu unter strengen Strafen verbieten.“

Wie schon bemerkt, entschied das Ehrengericht, daß X. aus dem Heere zu entfernen sei, weil er nicht das richtige Ehregefühl gezeigt und seine Pflicht als Offizier unter erschwerenden Umständen verlegt habe. Das ist der Sachverhalt, den wir nach dem Aktenmaterial, soweit es uns zugänglich wurde, feststellen haben. Den Kommentar wird sich der Leser selbst dazu machen können.“

So die „Volkzeitung“. Wir aber, denen der preussisch-deutsche Presstempel nicht den Mund verschließt, wollen unseren Lesern grad heraus sagen, was die Moral von der Geschichte ist: Die Gesellschaft des „höheren Ehregefühls“ preist auf die Gesetze, die ihr nicht in den Kram passen, und wenn sie sie zehnmal beschworen hat, Gesetze, die man selbst verbrüht hat, mit Füßen zu treten, das ist recht und gut, das beinhalten die „Ehre“ nicht, aber eine auf dem mittelalterlichen Aberglauben der Gottesgerichte beruhende Einrichtung, wie es das Duell bekanntlich ist, verwerfen, das ist ethlos, das bedingt die zwangsweise „Entzerrung“ aus dem Heere.

Die schriftliche Verteidigung des X., in der er sich auf die vom König von Preußen sanktionirten Staatsgesetze beruft, hat diesem vorgelegen. Trotzdem entschied derselbe im Sinne des „Ehrengerichtes“. Dazu, lieber Leser, mußt du dir allerdings selbst einen Vers machen, aber — soweit du im Wachbereich des deutschen Strafgesetzbuches dich befindest — leise, ganz leise, denn

„Wer den Kaiser, seinen Landesherren etc. beleidigt, wird mit Gefängnis nicht unter zwei Monaten bestraft“, und die preussisch-deutschen Richter sind sehr — freigebig.

Also, Ehre dem Ehre gebührt!

Die famose Taktik, angeblich arbeiterfreundliche Reformen auf die Tagesordnung zu legen, den Arbeitern aber die Befriedigung dieser „Reformen“ unmöglich zu machen, ist in letzter Zeit mehrfach in die Breite gegangen. Um sich nicht zu sehr zu blamieren, ungenüht die Regierungen verschiedene Versammlungen zur Besprechung dieser Fragen gestattet, und so haben denn eine ganze Anzahl von Versammlungen stattgefunden, in denen unsere Genossen die Bismarcksche Sozialreform kritisirten. Unter Anderen haben Kasper in verschiedenen Orten Württemberg und Badens, Grillenberger in Nürnberg und Jülich, Frohme in Frankfurt, Hanau etc. in fast überall glänzend besuchten Versammlungen gesprochen. In welchem Sinne die Kritik ausfiel, das brauchen wir nicht erst zu sagen; ebenso selbstverständlich ist, daß, wo die Gegner unserer Genossen entgegenzutreten wagten, sie unter dem Jubel der Arbeiter abgefertigt wurden.

Aber diese Versammlungen sind doch nur Ausnahmen, an den meisten Orten wird noch streng an der bisherigen Praxis festgehalten und die Verbotswuth treibt noch immer die wunderlichsten Blüthen.

In Mannheim sollten am 12. ds. Mts. Grillenberger und Kasper über die „Arbeiteraufhebungsgesetze vor dem Reichstage“ referiren, als es in letzter Stunde der Polizei einfiel, die Versammlung zu verbieten. Dabei benahm sie sich so unverschämmt und provozirend — das Militär war in beiden Kasernen Mannheims konsignirt —, daß sich unser Genosse Dreßbach veranlaßt gesehen hat, eine gepfefferte Beschwerde beim hiesigen Landeskommissar einzureichen.

Es heißt darin u. A.:

„Die zur Aussicht beabsichtigten Mannschaften hätten nach der Bekanntgabe des Verbotes unbedingt das Wirtshaus verlassen und den Saal freigegeben müssen. Beides geschah nicht; ja sogar als sich die Anwesenden in den Garten begaben, um Bier zu trinken, wurden sie von den Polizeibeamten umstellt und mit Regenschirmen bewacht und einige Polizeibeamte hatten die Kühnheit, sich direkt an den Tisch, an welchem die beiden Reichstagsabgeordneten, ich und einige Freunde saßen, zu positioniren, um zu lauschen, was gesprochen wurde. Es ist dies eine eminente, hier ungewohnte Beschränkung der persönlichen Freiheit, gegen welche ich ganz energisch hiermit protestirte.“

Ueber den praktischen Nutzen dieser Beschwerde sind sich unsere Genossen selbstverständlich vollständig klar, und daß sie auch ohne polizeiliche Erlaubnis zum Volke zu sprechen wissen, beweist ein von ihnen verbreitetes und in unserer Druckerei hergestelltes kräftiges Flugblatt: „Ein Wort zur Aufklärung.“

Von sonstigen Verböten ist noch zu erwähnen, daß sich die Regierung von Oberbayern bemüht gefunden hat, den schlechten Arbeiterlohn zu verbieten, d. h. ein Flugblatt, welches diesen Titel trug. Soust hat sie gegen schlechte Arbeiterlöhne nichts einzuwenden, denn

Reineidenschaft duldet keine Sammlungen. Madai hat gar ein in der Berliner Oberhofbuchdruckerei gedrucktes Flugblatt: „Ein Beitrag zur Geschichte des Ausnahmengesetzes“ verboten. Ein tugendhaftes Jülicher Blatt, dessen Redakteur man indessen nicht nachsagt, daß er der zahlungsfähigen Moral halbtige, vergießt bittere Thränen ob des schunden Mißbrauchs einer so hochgestellten Firma. Wie aber, wenn nicht nur die Firma, sondern auch die Typen und Maschinen derselben zum Druck des sozialistischen Flugblattes „gemißbraucht“ worden wären? Welcher Gräuel vor dem Herrn!

— Noch etwas vom Zucker. Wir haben oben gezeigt, wie Dank der Fürsorge der preussisch-deutschen Regierung die „nationale“ Zuckerfabrikation tette Profitschen macht. Dieser Schatz der nationalen „Arbeit“ erhält seine treffende Befestigung durch einen uns von Mannheim Genossen zugesandten Bericht über die Generalversammlung der „Badischen Gesellschaft für Zuckerfabrikation“, einer Aktiengesellschaft, welche mit einem Kapital von 2,750,000 Gulden (gegen 5 Millionen Mark) „arbeitet“. Für diese „Arbeit“ erhalten die Aktionäre 11 1/2 Prozent, d. h. pro Aktie von 500 Gulden (867 Mk.) 100 Mark Dividende, im Ganzen also 550,000 Mark. Der Reservefond wurde mit 361,276 Mark bedacht, dem Aufsichtsrath und Ausschuss 168,276 Mark „Tantiemen“ bewilligt. Aber auch die Arbeiter gingen nicht leer aus; in hochherziger Weise bewilligte die Generalversammlung, abgesehen von einem Korruptions — pardon Besorgungsfond für Beamte und Arbeiter von 29,000 Mark, zu einem Kranken- und Unterstützungsfond für Arbeiter ganze — man haune! — 12,000 Mark. Da sieht man doch, wo die Ausfuhrprämien hinwandern!

Bestenfalls schreibt uns ein Mannheimer Arbeiter etwas über die Löhne in dieser glücklichen Zuckerfabrik. 168,000 Mark Tantieme, da sind wir in der That begierig, die Löhne der Arbeiter kennen zu lernen!

— Kastraten. Während die Petition der Berliner Gewerkschaften, den Normalarbeitstag etc. betreffend, in ganz Deutschland bei den Arbeitern freudigen Widerhall gefunden hat — in Stuttgart allein hat dieselbe in kurzer Zeit mehr als 4000 Unterschriften erhalten, und während andererseits die Streiks in den sächsischen und thüringischen Industrieorten die Nothwendigkeit derartiger Arbeiteraufhebungsgesetze mit zwingender Beweiskraft darlegen, finden sich sogenannte Arbeiterfreunde bemüht, dieser Bewegung unter den lächerlichsten Vorwänden entgegenzuarbeiten — natürlich im Namen der „Freiheit“.

So donierte jüngst im „Ortsverein der Klempner und Metallarbeiter“ Max Hirsch'scher Kontour ein Herr Ledebour, „Schriftsteller“, gegen den gesellschaftlichen Normalarbeitstag los und behauptete frischweg, daß diese Frage durch die geschichtliche Entwicklung der Arbeiterverhältnisse in denjenigen Ländern, welche bereits längere Zeit als Deutschland hervorragende Industrieländer sind, im Gegensatz zu der Ansicht der gewerkschaftlichen Hoch- und Interessengruppen-Vereine und in Uebereinstimmung mit der Ansicht der Hirsch'schen Gewerkschaften entschieden sei. In England und in Amerika sei die Forderung, daß von Staatswegen durch gesetzliche Einführung eines Normalarbeitstages die übermäßige Arbeitszeit verfürzt und dadurch die Lage der Arbeiter in materieller, sozialer und sittlicher Beziehung verbessert werde, im Allgemeinen von den Arbeitern nie gestellt worden. Die Forderung sei eine gänzlich unausführbare und erweise als eine solche sich schon dadurch, daß ihre unabwendbare Konsequenz die weitere Forderung sei, daß von Staatswegen auch ein Normallohn, durch welchen den Arbeitern eine menschenwürdige Existenz ermöglicht wird, festgesetzt werde.“

Daß der Herr hier ganz unverschämmt gelogen hat, brauchen wir unsern Lesern wohl kaum erst zu bemerken. Sein Argument, daß der Normalarbeitstag einen Normallohn zur Konsequenz habe und deshalb zu verwerfen sei, ist übrigens unbegreifbar und würde bei anderen Zuhörern aus dem Arbeiterstande die entgegengesetzte Wirkung haben. Aber die glücklicherweise nur Zahl nur wenig geringen Anbeter des Harmonie-diktors sind so verbohrt, so haar jedes Verstandnisses für ihre Klassenlage, soweit sie überhaupt wirklich Arbeiter sind, mit einem Wort so entmannet, daß man ihnen getroßt Alles bieten darf, wenn nur die Freiheit — der Ausbeter nicht darunter leidet. Und darum nahmen die Versammelten „mit großer Majorität“ — wahrscheinlich 9 gegen 3, denn über ein Duzend Teilnehmer haben die Hirsch-Dunker'schen Versammlungen selten, eine Resolution an, in welcher sie gegen eine gesetzliche Einführung eines Normalarbeitstages protestiren und mit ganzer Kraft in Bezug auf eine herbeizuführende Verfürzung des Arbeitstages für die freie Vereinbarung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eintreten zu wollen erklärten.

Laßt Euch in's Häußchen, ihr Ausbeter von Krimmischau, Meerane, Müßen, Wera, Greiz u. s. w. Eure Interessen werden sorgsam gehütet — von „Arbeitern“!

— Ein bedenklicher Verteidiger. Für den Bergolder Ewald in Berlin, dem die dortigen Genossen allerhand bedenkliche Verbindungen vorwerfen, tritt pöliglich im antisinnlichen „Deutschen Tagesblatt“ Herr Wilhelm Körner in die Schranken. Bildet sich der elende Neugeat etwa ein, daß sein Lob die Berliner Arbeiter von der Reinheit Ewald's überzeugen werde, oder benützt er diese Gelegenheit nur, um der allerdings vernünftig geleiteten Berliner Gewerkschaftsbewegung einige Artigkeiten zu sagen und zu befeuern, daß er ja eigentlich auch nichts Anderes beabsichtigt habe? Wie dem auch sei, Herr Körner wird seinen Zweck nicht erreichen, die Berliner Arbeiter brauchen keine Protektoren, und Ewald kann nichts Besseres thun, als die unbersene Verteidigung des weilsand „Volkswaltes“ höchst abzufestehen.

— Wegen Spittelbeleidigung — auch eine schöne Begegnung — stand am 13. November ein Arbeiter vor dem Stuttgarter Schöffengericht. Was er dem „Beamten im Dienste“ gesagt haben soll, wird nicht berichtet, der Gerichtshof muß aber entweder die Glaubwürdigkeit oder die Ehre des „Jahreders“ — so lautet der schwäbische Kunstausdruck — Ringer nicht hoch anschlagen, denn er erkannte auf kostenlose Freisprechung des Angeklagten.

Es gibt keine Tugend mehr!

— Klingunglaublich und ist doch wahr! In Radeberg bei Dresden hat die Frau unseres Genossen Lehmann, weiß sie an ihrem Hute eine kleine, obendrein mit weißem Tüll halb verdeckte rotte Schleife öffentlich getragen hat, „wegen Tragens republikanischer Abzeichen“ ein Strafmandat in der Höhe von vier Tagen Gefängnis erhalten. Wir schreiben jetzt 1882, in Worten Achtzehnhundertzweiundachtzig!

— Die Arbeiter und der Staatssozialismus. Die Petition der Hamburg-Atonaer Krankenkassen hat in eben Reichstag gegen die Krankenkassenverwaltung der Regierung hat in sieben Wochen die Unterschriften von 500 Klassen mit 81,364 Mitgliedsen erhalten; ein sehrreicher Beweis, daß die Arbeiter ihre Unabhängigkeit höher schätzen als die Bettelstimmige einer despotischen Regierung.

— Es gibt noch Richter in — Hannover. Die von der Loge-Affäre her berichtigte I. Strafkammer des hannoverschen Landgerichts — zusammengesetzt aus lauter Altpreußen — verurtheilte den Redakteur der weilschen „Deutschen Volkzeitung“ wegen Abdrucks eines trotz Denunziation der „Norddeutschen Allgemeinen“ unbeanstandet gebliebenen Artikels des Stuttgarter „Wachbatters“ zu zwei Jahren Gefängnis wegen „Reiseständelbeleidigung“. Diesen Streibern gebührt als Belohnung ein Str — eifen in's Knopfloch.

